BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 111-4 vom 7. November 2026

Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Johann Wadephul,

zur Verleihung des Shimon-Peres-Preises
am 5. November 2026 in Berlin:

Vor gut einem Monat habe ich ein Video auf einem meiner Social-Media-Kanäle gepostet. Normalerweise versuchen wir dort immer, Außenpolitik mit einem Augenzwinkern zu erklären und für Diplomatie zu werben. Dieses Video war anders. Es ging um die Erinnerung an den 7. Oktober 2023, um diese Zäsur in der Geschichte Israels.

Ich wollte an diejenigen erinnern, die die Hamas an diesem Tag ermordet hat, grausam geschändet hat. Meine Solidarität mit denen bekunden, die die Hamas an diesem Tag in eine unmenschliche Geiselhaft verschleppt hat, die für einige bis zu 738 Tage andauerte, die viele von ihnen mit dem Leben bezahlten. Ein Zeichen des Mitgefühls und der Verbundenheit mit den Angehörigen all dieser Opfer, weil das Leben, das die Hamas auslöschen wollte, nicht vergessen werden darf.

Mein Video war keine zwei Stunden online. Dann mussten wir die Kommentarfunktion abschalten, weil das, was dort in den Kommentaren – die ja auf Dialog angelegt sind! – gesagt und geschrieben wurde, nicht auf irgendeine Diskussion zielte oder in irgendeiner Weise auf eine vernünftige Antwort hin angelegt war, sondern nur auf Hass. Ich bin sicher, dass viele von Ihnen sehr genau wissen, wovon ich spreche, dass viele von Ihnen eigene Begegnungen mit diesem Hass erfahren haben, der lauter und lauter schreit, um jeden Dialog im Keim zu ersticken. Mich hat diese Erfahrung erschüttert.

Und ja, auch ich denke: Es hat sich etwas verschoben in unserem Land. Der Hass wird lauter. Und er wird offen und schamlos herausgebrüllt: auf den Straßen, im Internet, an den Stammtischen und in den Salonkneipen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einer der Gründe, warum wir uns heute hier treffen, ist, dass wir uns damit nicht abfinden wollen, weil wir wissen: Ohne Dialog gibt es keinen Frieden. Und das ist Ausdruck von Verantwortung.

Ich habe in Vorbereitung auf diesen Termin ein wenig in der Biografie von Shimon Peres geblättert, für den das Gefühl dieser Eigen-Verantwortung ja ein Lebensthema war, ein Leitmotiv sozusagen.

Er schildert in seinen Erinnerungen eine Szene aus dem Jahr 2007. Mit 83 Jahren wurde er als Präsident des Staates Israel vereidigt; da hatte er ja schon eine erfüllte Karriere – er war damals Außenminister – hinter sich. Während der Feierlichkeiten sprach ihn ein junger Mann an: „Herr Präsident! Bei allem Respekt! Warum wollen Sie nach einer so langen Karriere in Ihrem Alter noch weiterarbeiten?“ Peres entgegnete: „Warum ich meinem Land weiter dienen will? Etwas anderes kam für mich nie in Frage!“

Etwas anderes kam für ihn nie infrage. Der Dienst an seinem Land, der Dienst an einem Leben in Frieden, an einem Leben für den Ausgleich, stand für ihn über allem. Und das war keine Frage des persönlichen Ehrgeizes oder der Eitelkeit, sondern es war ihm ein inneres Anliegen, das sich aus dem Gefühl des Verantwortungsbewusstseins für das „Wir“, für die Gemeinschaft speist. Dass viele diesem Gefühl folgen, ganz besonders die junge Generation, das hat Peres sich immer gewünscht, dass dieser Wille zum Dienst an der Gesellschaft besteht – auch und gerade, wenn das nicht immer ganz einfach ist.

Er hat diese Einstellung, seinen Anspruch an sich selbst, ganz gut auf einen Punkt gebracht, wie ich finde: „Wir brauchen Führungsgestalten, die lieber aus den richtigen Gründen umstritten sein wollen, als aus den falschen Gründen beliebt.“

Ich habe den alarmierenden Eindruck, dass heute jeder und jede Deutsche, der angesichts des grassierenden und unsäglichen Antisemitismus an unsere besondere Verantwortung gegenüber Juden oder auch gegenüber Israel appelliert, schnell als „umstritten“ gilt – wohingegen sich diejenigen, die sich dem Hass gegen Judentum ver-

schreiben, nicht mehr nur auf zustimmendes Raunen, sondern zunehmend auf Applaus verlassen können, auch wenn er sich als Ablehnung von Zionismus und der Regierung und des Staates Israel tarnt.

Wobei ich sage: Selbstverständlich ist auch in Deutschland Kritik an der Politik der jeweiligen Regierung des Staates Israel erlaubt. Das ist in einer freien Gesellschaft, in einer offenen Demokratie und auch unter engsten Freunden und Partnern selbstverständlich. Was wir jedoch niemals akzeptieren dürfen, wo wir immer aufstehen müssen, ist, wenn die Existenz des Staates Israel infrage gestellt wird. Sie, die Existenz dieses Staates – und es gibt es Existenzrecht von Staaten –, und die Sicherheit des Staates Israel als jüdischer und als demokratischer Staat sind das Fundament deutscher Politik. Antisemitismus oder blanker Israelhass dürfen hier keinen Platz haben.

Und dass ich so etwas 2026 betonen muss, hier in unserer Hauptstadt, erfüllt mich auch mit Scham. Wie können wir akzeptieren, dass Menschen ihre jüdische Identität nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigen können? Wie können wir akzeptieren, dass sich Judenhass nahezu ungezügelt Bahn brechen kann? Was sagt das über den Zustand unserer Demokratie aus, wenn wir nicht in der Lage sind, unsere religiösen oder ethnischen Gemeinschaften zu schützen?

Ich als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, als Mitglied des Deutschen Bundestags und ja, auch als deutscher Staatsbürger bin verpflichtet: auf unsere Verantwortung gegenüber Israel und dem jüdischen Leben in Deutschland.

Der menschenverachtende Terrorangriff der Hamas war eine tiefe Zäsur – ich sagte es bereits. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Verbrechen in Vergessenheit geraten oder relativiert werden. Wir müssen eben auch verstehen, dass dieser Tag und das weltweite Aufflammen von Antisemitismus danach für Israel bis heute ein Trauma ist und nachwirkt – bei jedem täglichen Blick in die Nachrichten in Richtung Iran, in Richtung Hisbollah, in Richtung Jemen und verbunden mit der Frage, wann das Gefühl der Bedrohung jemals enden wird.

Und natürlich lassen wir den Blick nicht dort enden. Die Hamas hat Israel einen Krieg aufgezwungen. Dieser hat auch der palästinensischen Zivilbevölkerung immenses

Leid gebracht. Das ist real. Und das dürfen wir auch nicht akzeptieren. Beides gehört zur Wirklichkeit dieses Konflikts: Israels Recht, sich gegen den Terror der Hamas zu verteidigen, und Israels Pflicht, die palästinensische Zivilbevölkerung zu schützen und das humanitäre Völkerrecht zu achten – im Gaza-Streifen wie auch im Westjordanland.

Ich sage das so deutlich, weil am Ende nur der Mut zu Frieden und Versöhnung – von beiden Seiten – die Sicherheit Israels garantieren wird. Peres hatte das verstanden. Echter Friede braucht Sicherheit, aber Sicherheit braucht auch Verständnis, Empathie und immer auch Vertrauen.

Ich habe daher auch ganz konkrete Wünsche und Hoffnungen für Israel. Wir wollen hoffen, wir hoffen, dass Israel endlich als ein sicheres, nicht mehr bedrohtes Land in einer Region existieren kann, in der alle Menschen der Region in Sicherheit und Würde leben können, dass Israel im Frieden mit seinen Nachbarn leben kann, dass es völlig normal für junge Israelinnen und Israelis wird, in den Nachbarstaaten zu leben, zu arbeiten oder diese zu bereisen.

Planungen und Ideen für so etwas existieren ja. Und es waren wir Deutsche, die den ersten offiziellen Jugendaustausch zwischen Israel, Bahrain und eben auch Berlin organisiert haben. Dieser Weg der Normalisierung und des Austauschs ist der einzig richtige und im Übrigen auch der einzige, um den Konflikt in der Region dauerhaft zu befrieden. Wir wollen mehr davon!

Und für den Konflikt mit den Palästinensern kann dies nach meiner festen Überzeugung nur über eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung führen. Nur eine solche schützt die Existenz von Israel als jüdischer und demokratischer Staat und wahrt die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser.

Zur verhandelten Zwei-Staaten-Lösung sehe ich keine überzeugende Alternative. Deswegen setzen wir uns auch unerschütterlich dafür ein. Dazu gehört auch, dass die realen Bedingungen für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung erhalten bleiben.

Ich weiß auch, wir alle wissen, dass dies kein einfacher Weg ist und dass das Thema nicht gerade im Zentrum der laufenden Koalitionsgespräche in Israel steht. Aber gerade deshalb braucht es mutige Menschen, die bereit sind, diesen Weg zu gehen, die den Dialog aufrechterhalten, die Verständigung suchen, die Vorschläge für Frieden anbieten – so wie die Preisträger heute –, die genau darin ihre Verantwortung für die Gesellschaft sehen, im Geiste dessen, was Shimon Peres darunter verstand: die Eigen-Verantwortung für die Gesellschaft, weil etwas anderes nicht infrage kommt.

Und dass man nicht Shimon Peres sein muss, um diesem Gefühl zu folgen, das sehen wir ja auch heute Abend, wenn wir gleich Preisträger in seinem Namen ehren, junge Menschen. Sie zeigen, dass Verantwortung keine Frage des Alters ist, dass es nicht erst ein politisches Amt oder eine besondere gesellschaftliche Stellung braucht, um etwas zu bewegen.

Verantwortung ist nichts, was wir einmal erklären und dann zu den Akten legen. Sie muss sich immer wieder bewähren: im Alltag, auf den Straßen, in der politischen Gemeinschaft und insbesondere in den Parlamenten – auch hier in Berlin, der Stadt, wo es seit Jahrhunderten jüdisches Leben und Kultur gibt, das jetzt nicht gezwungen sein darf, sich zu verstecken.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*** * * * ***